



**Pressekonferenz, 26.01.2015:
Zum aktuellen Stand „Aufarbeitung von sexuellem Missbrauch in
Deutschland“**

Statements Podiumsgäste (in alphabetischer Reihenfolge):

STATEMENT PROF. DR. SABINE ANDRESEN:

(Professorin für Sozialpädagogik und Familienforschung an der Goethe-Universität Frankfurt/M.)

Wir hätten es auch vor 2010 **wissen können!**

Aber sexuelle Gewalt gegenüber Mädchen und Jungen in der Familie, in Schulen, Vereinen und anderen Institutionen gehört gesellschaftlich zu den ausgeblendeten Taten und Themen. Wegsehen, Verschweigen, Tabuisieren unterstützt die Täter und Täterinnen, bietet Möglichkeiten zu Übergriffen und Gewalt überall dort, wo Mädchen und Jungen sich aufhalten und zeugt von einem Mangel an Sensibilität für ihre Verletzlichkeit.

Auch die Forschung in Medizin, Psychologie, Kriminologie oder Pädagogik muss sich dem Vorwurf der Ausblendung stellen. Diese wenigen Hinweise mögen genügen, um die Notwendigkeit einer unabhängigen, systematischen Aufarbeitung sexueller Gewalt zu verdeutlichen. Dazu brauchen wir eine unabhängige Kommission!

Wir hätten es vor 2010 **besser wissen können!**

Die Frauenbewegung, Beratungsstellen wie Wildwasser e. V. in Berlin und Selbsthilfegruppen haben seit den 1980er Jahren versucht, kontinuierlich die Tatsache sexueller Gewalt vor allem in der Familie, die hohe Betroffenheit von Mädchen und Frauen in der Öffentlichkeit zu thematisieren. Es ist diese gesellschaftliche Gruppierung, die den Betroffenen eine fachlich angemessene Unterstützung geboten, ihnen Glauben geschenkt und die dazu verholfen hat, die persönliche Geschichte sagbar zu machen. Diese Akteurinnen haben zudem gegen die Ausblendung und Banalisierung des Leides in der Gesellschaft ihre Stimme öffentlich erhoben und Forderungen einer Liberalisierung des Sexualstrafrechts bei sexuellen Kontakten zwischen Kindern und Erwachsenen zurückgewiesen. Hier wurde der Diskurs geführt, dass es bei diesen Forderungen nie um eine propagierte Kindorientierung ging, sondern ausschließlich um Bedürfnisse, Machtausübung und Gewalt von Erwachsenen.

Wenn wir also heute über sexuelle Gewalt und ihre gesellschaftliche Aufarbeitung seit 2010 blicken, so sollten wir diese Geschichte der aktiven Frauen, die ihre Arbeit meistens mit knappen Ressourcen geleistet haben, nicht vergessen!

Wir hätten es vor 2010 **besser wissen müssen!**

Ich möchte als Erziehungswissenschaftlerin und Vizepräsidentin des Deutschen Kinderschutzbundes (DKSB) dafür plädieren, ein gängiges Stereotyp zu überwinden. Dieses lässt sich beschreiben mit dem Satz: „Sexueller Missbrauch kann überall stattfinden, aber nicht in meinen Reihen.“



Keine Institution kann das pauschal von sich behaupten. Der Kinderschutzbund ist seit Bestehen den Rechten des Kindes auf Autonomie, Schutz und Fürsorge verpflichtet und dennoch muss auch der Verband sich mit seiner Geschichte kritisch befassen. Im Zuge der Aufarbeitung bei den GRÜNEN ist der Verdacht aufgekommen, dass es in den 1980ern auch in den Reihen des DKSB Befürworter einer Liberalisierung des Strafrechts gegeben habe. Der jetzige Bundesvorstand erwartet in wenigen Wochen den Bericht einer unabhängigen Aufarbeitung. Dabei wird es auch um die Frage gehen, was der Verband hätte wissen und abwehren müssen, ob und wenn ja, was er ausgeblendet hat.

Die Auseinandersetzung mit der Verletzlichkeit durch Grenzverletzungen und sexuelle Gewalt bedarf kontinuierlicher Aufmerksamkeit.

Gegenüber folgenden sechs Feldern sollten wir aufmerksam sein:

1. Aufmerksamkeit gegenüber sich abzeichnenden neuen Formen der Tabuisierungen, z. B. die der kindlichen Sexualität.
2. Aufmerksamkeit gegenüber tendenziellen Ausblendungen, z. B. die der innerfamilialen Gewalt durch die Konzentration auf innerinstitutionelle Gewalt.
3. Aufmerksamkeit für die Wirkung bestimmter pädagogischer Praktiken auf Mädchen und Jungen ebenso wie auf Fachkräfte, z. B. die Praxis männliche Erzieher nur weil sie Männer sind, grundsätzlich von pflegenden Tätigkeiten auszuschließen.
4. Aufmerksamkeit für Vereinfachungen und Einseitigkeiten, die weder zu einer Sensibilisierung noch zu einer Aufarbeitung führen, z. B. einseitige Schuldzuweisungen unter der Chiffre ‚1968‘.
5. Aufmerksamkeit gegenüber Diffamierungen, z. B. die der „Sexualpädagogik der Vielfalt“. Sich kritisch mit ihr zu befassen ist wichtig, aber nicht im Modus der Aggressivität.
6. Aufmerksamkeit gegenüber einer Vereinnahmung des Leides von Betroffenen sexueller Gewalt für ganz andere Interessen wie die Durchsetzung rechtsextremer, frauenfeindlicher oder homosexualitätsfeindlicher Positionen.

Das heißt, auf allen gesellschaftlichen Ebenen geht es um die Aufmerksamkeit für die Würde und Integrität der Heranwachsenden, für ihre Rechte, auch ihre sexuellen Rechte, für ihre Grenzen ebenso wie für ihre Fragen zu Sexualität, Macht und Gewalt.

Dazu gehört auch die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Aufarbeitung von sexuellem Kindesmissbrauch.

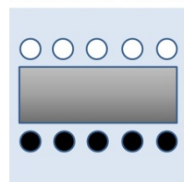
Kontakt: s.andresen@em.uni-frankfurt.de



STATEMENT MATTHIAS KATSCH:

(Betroffener Canisius-Kolleg, Katholische Kirche, Sprecher ECKIGER TISCH)

ECKIGER TISCH



Befreiender Aufbruch: Die Neuigkeit 2010 war, dass so viele Männer sichtbar wurden, die als Kinder und Jugendliche Opfer sexueller Gewalt geworden waren. Und diese Männer waren selbstbewusst und mutig genug, sich in der Öffentlichkeit dazu zu bekennen. „Handeln – nicht behandelt werden“: So lässt sich vielleicht das damals bei uns verbreitete Gefühl zusammenfassen.

Ausgelöst durch unser Sprechen, entstand der Brief von P. Mertes. Auf den ersten Zeitungsartikel am 28. Januar 2010 folgte eine Lawine von Betroffenen-Berichten quer durch die Republik, nicht nur aus katholischen Einrichtungen, sondern ebenso aus dem Bereich der evangelischen Kirche, schließlich aus der Reformpädagogik. In der Folge wurde auch der sexuelle Missbrauch in Familien endlich neu wahrgenommen. Über Jahre hinweg hatte vor allem die Frauenbewegung versucht, Bewusstsein für das Ausmaß und die verheerenden Folgen von sexuellem Missbrauch zu wecken, und damit faktisch und begrifflich die Voraussetzung geschaffen für unseren Befreiungsprozess.

Was fehlt: Aufarbeitung, Hilfe, Entschädigung. Diverse Eckige Tische und einen Runden Tisch weiter ist das Ergebnis aus unserer Sicht leider ernüchternd und oft enttäuschend. Damals forderten wir: Aufklärung, Hilfe und Genugtuung – und das hieß Entschädigung. Was herauskam war: wenig Aufklärung, noch weniger Hilfe und keine Entschädigung, sondern eine so genannte „Anerkennungszahlung“. Anderthalb Jahre lang tagte ein Runder Tisch, von dem wir als Betroffene zunächst ausgesperrt waren und zu dem wir uns erst mühsam den Zugang erarbeiten mussten. Da war vieles schon festgeklopft, vor allem, dass es keine Untersuchung des systematischen Versagens der Führungsstrukturen der Katholischen Kirche geben würde. Trotz einer Reihe von Untersuchungsberichten unterschiedlicher Qualität: eine unabhängige, umfassende und systematische Aufarbeitung fand in Deutschland bislang nicht statt!

Was wir erreicht haben – und was nicht. Vieles Wichtige und Richtige wurde im Abschlussbericht dieses Runden Tisches zur Prävention und zur Reform der Hilfsysteme für Opfer formuliert, manches auch umgesetzt, auch weil die Betroffenen sich so beharrlich weiter dafür eingesetzt haben, Dank auch der Arbeit des Unabhängigen Beauftragten. Für den Fortbestand dieser national sichtbaren Stelle haben wir uns erfolgreich eingesetzt.

Das Tabu um das Thema „Missbrauch“ konnte ein Stück weit überwunden, Berührungängste im Umgang mit Betroffenen abgebaut werden. Das Bewusstsein in der Gesellschaft hat sich durch die breite Debatte der letzten Jahre gewandelt. Die Einsicht in die Notwendigkeit von Schutzkonzepten, von Weiterbildung, von verbesserten Beratungs- und Hilfsangeboten ist in den letzten Jahren gewachsen. Wütend macht es uns aber zu sehen, wie manche allzu schnell in gewohnte Rollen zurückfallen, und wie sich die Versager beim Kinderschutz von gestern als Ratgeber und Experten für Prävention heute aufspielen! Missbrauch ist Gewalt. Es ist eine Beziehungstat, in deren Mittelpunkt gar nicht die Sexualität steht, sondern die Macht, der das kindliche Opfer hilflos gegenüber steht. Dieses erlebte Machtgefälle setzt sich heute fort, wenn Bischöfe sich beharrlich weigern, mit erwachsenen Betroffenen auf Augenhöhe



zusammenzukommen, um über ihre Forderungen zu sprechen. Wir warten immer noch auf einen Schritt heraus aus der eigenen Machtposition auf die Opfer hin.

Weiterhin fehlende Hilfsangebote – gerade für Erwachsene und Männer. 2010 gab es kaum Beratungs- und Unterstützungsangebote für erwachsene Betroffene jenseits des Gesundheitssystems, für Männer schon gar nicht. Daran hat sich wenig geändert. Das ergänzende Hilfesystem sollte so ein Angebot sein. Leider ist es in dem Gemenge zwischen Bund, Ländern und Institutionen stecken geblieben. Vor allem aber warten wir darauf, dass nun endlich mit einer Aufklärungs- und Informationskampagne alle Betroffenen, egal ob Opfer von sexuellem Missbrauch im familiären Nahfeld oder in einer Institution wie z. B. der Kirche, informiert werden, dass sie sich unter www.fonds-missbrauch.de ergänzende Hilfen zu den bislang oft ungenügenden Leistungen der Regelsysteme holen können.

Ein Vorschlag zur Verbindlichkeit der Präventionsbemühungen. Ein Unternehmensstrafrecht gibt es in Deutschland nicht, das wie im Umweltrecht auch die Anbieter von Bildungsdienstleistungen, egal ob kirchlich oder säkular, zwingen würde, proaktiv in den Kinderschutz zu investieren, um sich vor späteren Entschädigungsforderungen zu schützen. Wir sollten dieses Instrument schaffen, um die Wirksamkeit und Verbindlichkeit von präventiven Schutzkonzepten zu erhöhen. Für uns aus der Vergangenheit käme dies natürlich ebenso zu spät, wie die kürzlich endlich erfolgte Verlängerung der Verjährungsfristen. Aber deshalb erwarten wir von der Institution Katholische Kirche, nach deren eigenem Recht es keine Verjährung für Missbrauch gibt, dass sie für die Folgen ihres systematischen Versagens in der Vergangenheit heute Verantwortung übernimmt.

Persönliche Bilanz. Persönlich habe ich das Jahr 2010 als Befreiung erlebt. Von jahrzehntelangem Schweigen und weitgehender Verdrängung. In der Folge lernte ich, mein Leben neu zu lesen. Das war anstrengend aber es tat auch gut. Endlich fühlte ich mich in meiner eigenen Biografie, in meinem Leben zu Hause. Ich weiß, dass es vielen anderen ähnlich ging. Natürlich werden biografische Umwege und Sackgassen, körperliche und seelische Beeinträchtigungen nicht wie durch Zauberhand weggewischt, nur weil wir jetzt über den erlebten Missbrauch sprechen. Die Zeit heilt nicht alle Wunden. Aber immerhin kann ich mein persönliches Schicksal nun besser einordnen in den Gesamtzusammenhang des „Systems Katholische Kirche“ – wie auch darüber hinaus in die Wirklichkeit von sexueller Gewalt in Deutschland, die viele Kinder und Jugendliche, Jungen wie Mädchen, Heimkinder wie Internatsschüler, Marginalisierte wie vermeintliche „Elitezöglinge“, institutionelle Opfer wie familiäre Betroffene über eine lange Zeit erleiden mussten.

Aufarbeitung ist die beste Prävention. So sehr wir, die wir in unserer Kindheit missbraucht wurden und erst Jahrzehnte später darüber sprechen konnten, alle präventiven und sonstigen in die Zukunft gerichteten Maßnahmen für die Kinder von heute und für zukünftige Generationen von Kindern begrüßen und unterstützen, so energisch muss ich an diesem fünften „Jahrestag“ darauf hinweisen, dass die an uns begangenen Taten bislang weder systematisch noch unabhängig aufarbeitet worden sind, so wie wir bisher keine Entschädigung für die an uns begangenen Taten und daraus resultierenden erheblichen Schäden erhalten haben. Aufarbeitung ist die beste Prävention!



STATEMENT ANSELM KOHN:

(Betroffener Nordkirche/Ahrensburg, Evangelische Kirche, Sprecher Initiative Missbrauch in Ahrensburg)



Die evangelisch-lutherische Kirche im Norden versagt über weite Strecken in der Aufarbeitung ihres Missbrauchsskandals und enttäuscht die Hoffnung auf wahrhaft neue Maßstäbe. – Wer trägt die Verantwortung, wenn die Institution sich in ihrer Welt nicht den eigenen Taten stellt? Wir Betroffenen haben schmerzhaft abgeliefert – und nun?!

Initiative Missbrauch
in Ahrensburg

März 2010: Der Ahrensburger Fall wird öffentlich bekannt. Einige der über 100 Opfer der pastoralen Haupttäter organisieren sich und tragen gemeinsam mit Unterstützern dazu bei, dass die Schicksale wahrgenommen werden. – Ein Pastor kommt seinem Rauschmiss zuvor und kündigt seinen Status als Ruhestandsbeamter – sein Alterseinkommen wird von Pension auf Rente umgestellt. Die Kirche hat ihn ungestraft davonkommen lassen. Ein zweiter Beschuldigter sieht bereits seit 2011 der Bewertung durch ein Kirchengericht entgegen. Auch das Verhalten zweier vorgesetzter Pröpstinnen wird untersucht. Mit unterschiedlichen Ergebnissen. Vieles verläuft im Sande.

Die Mahnwache gegen das Vergessen wird mit ihren Kerzen im Wind als bedrohlich deklariert. – Sie erinnert jedoch nur treu jeden ersten Montag im Monat von 19 - 20 Uhr, auch heute noch, fünf Jahre nach Bekanntwerden der Missbrauchsfälle in Ahrensburg.

Die Gemeinde Ahrensburg befindet sich im Dauer-Chaos: Öffentlichkeit ausgesperrt – dauerkranke Pastoren, Dienstverbot, Nacht- und Nebel-Versetzungen, Sabbat-Auszeit; Beschlüsse der Gemeindeversammlung werden „hoheitlich“ übergangen. Der Kirchenkreis verkauft nach längerem Leerstand das „Schreckens-Pastorat“, vermutlich an eine ahnungslose Berliner Familie mit Kindern.

Eine Unabhängige Untersuchungskommission aus Juristinnen und Soziologen recherchiert im Auftrag der Nordkirche knapp zwei Jahre und formuliert einen rund 500 Seiten umfassenden Bericht. Der Bericht enthält niederschmetternde Details über den Missbrauch und die nicht erfolgte Intervention kirchlicher Ebenen. Darüber hinaus schreibt er der Nordkirche 155 Empfehlungen ins Stammbuch. Als Antwort liefert die Kirche einen für Medienschaffende mundgerechten 10-Punkte-Plan. – Der Kirchenkreis lädt ein, zwei Tage später mit der Gemeinde über den 500-Seiten-Bericht zu diskutieren. Tatsächlich setzt die Kirche und gesteht den Besuchern nur kürzeste Redezeiten zu.

Die neue Bischöfin Fehrs erlangt mit Unterstützung Betroffener Zugang zu den Opfern und baut persönliche Verbindungen auf; betreibt Seelsorge. Sie beteiligt Betroffene bei der „kosmetischen“ Gestaltung des Konzeptes für sogenannte Anerkennungs- und Unterstützungsleistungen und fixiert informell entscheidende Rahmenbedingungen zum Vorteil der Kirche. Die verabredete kritische Überprüfung des Konzeptes nach zwei Jahren findet offenbar ohne Betroffene statt. – Die Hoffnung auf wahrhaft neue Maßstäbe in Opferorientierung und Bewertung wird tief enttäuscht.



„Kommission für Unterstützungsleistungen für Opfer/Betroffene von sexuellem Missbrauch in Anerkennung ihres Leides und in Verantwortung für die Verfehlungen der Institution“ wird das Gremium genannt, das der Kirche Schadenersatzforderungen (wohl) vom Leibe hält und die Verantwortungsübernahme auf „mildtätige“ Hilfsleistungen reduziert. Jedenfalls wird der Rahmen von Seiten der Nordkirche gesetzt. – Die Besetzung der Kommission, das Lotsenprogramm und der Geist der Auseinandersetzungsgespräche erwecken den Anschein „akuten Renovierungsbedarfes“.

Forderungen an die evangelische Nordkirche:

1. Geben Sie Opfern sexuellen Missbrauchs das Gewicht und die Würdigung, die ihnen gebührt!
2. Überwinden Sie die unerträgliche Kluft zwischen Worten und Taten!
Achtsam im Umgang – konsequent im Handeln!
3. Werden Sie Vorbild im Umgang mit Missbrauch in der eigenen Institution! Übernehmen Sie Verantwortung und ziehen Sie Konsequenzen aus dem für Betroffene teilweise unwürdigen Aufarbeitungsprozess!

Forderungen an die Politik:

1. Schaffen Sie Gesetze, mit denen sichergestellt wird, dass Täter und aktive Vertuscher bestraft werden können und Opfer einen Anspruch auf wirksame Wiedergutmachung erhalten. Lassen Sie nicht die Kirchen („Täterorganisationen“) Aufarbeitung und „Wiedergutmachung“ definieren!
2. Haftungsüberhang: Wenn die Kirche keine Verantwortung trägt, dann ist die Regierung dran! Es braucht eine übergeordnete staatliche Instanz, die unabhängig aufklärt.
3. Überprüfen Sie die Stellung der Kirchen im Staat: Es herrscht hier ein empfindliches Missverhältnis von Nähe und Distanz! Führen Sie die steckengebliebene Trennung von Staat und Kirche in Deutschland konsequent zu Ende. Die faktische Rolle der Kirchen als Staat im Staate kosten unsere Gesellschaft wichtige Legitimitätspunkte.

www.missbrauch-in-ahrensburg.de, www.der-ahrensburger-fall.de



STATEMENT ADRIAN KOERFER:

(Betroffener Odenwaldschule, Reformschule, 1. Vorsitzender Glasbrechen e. V.)



Kindesmissbrauch in Deutschland ist so aktuell wie Kindesmissbrauch auf allen anderen Erdteilen. Kindesmissbrauch ist weltweit. Kindesmissbrauch gibt es seit Menschengedenken. Prävention von Kindesmissbrauch ist so aktuell wie z. B. Umweltpolitik. Das Phänomen Kindesmissbrauch ist aktuell wie Glaubensfragen. Wie heutige angebliche Glaubenskriege. Kindesmissbrauch spielt in allen Auseinandersetzungen eine furchtbare strategische Rolle, in Friedenszeiten auch. Kindesmissbrauch geht hierarchisch von oben nach unten. Kindesmissbrauch ist so dramatisch aktuell wie die Verbrechen der Boko Haram, des sog. IS, der Taliban. Nur passiert alles hier viel lautloser. Kindesmissbrauch fängt historisch im Nirgendwo an und hört historisch nirgendwo auf.

Bis heute noch hört Kindesmissbrauch nirgends auf. Ich schreibe das im Jahr 2015. Kindesmissbrauch ist so lebensentscheidend bedrohlich für die Opfer desselben wie Ebola, (wobei Ebola manchmal glücklicherweise heilbar ist), bedrohlich wie der Tsunami in Indonesien, wie das Erdbeben auf Haiti, wie das Rätselende von MH 370, wie das Leben im heutigen Syrien, beispielsweise. Kindesmissbrauch bedeutet häufig den Verlust allen Vertrauens und aller Hoffnung. Kindesmissbrauch ist für viele der Opfer oft frühzeitig tödlich.

Kindesmissbrauch ist tagesaktuell. Kindesmissbrauch ist immer und überall. Die Medien aber berichten über: den fünften Jahrestag des Erdbebens in Haiti, den zehnten Jahrestag des Tsunamis, die täglichen Opfer der Taliban in Afghanistan und Pakistan. Die Suche nach MH 370. Selten nur über die täglichen Opfer von Kindesmissbrauch. (Und gleichzeitig gilt mein herzlicher Dank den Medienvertretern – ohne die WIR alle noch deutlich schutzloser wären.)

Wir sprechen von sieben bis neun Millionen Opfern von Kindesmissbrauch allein in Deutschland.

Kindesmissbrauch wird immer noch weitestgehend negiert im öffentlichen Denken. Die von Pädosexuellen missbrauchten Menschen sind offenbar: beschmutzt, selber schuld, sind nicht so wie Ihr.

Ich bin ein sexuell missbrauchtes Kind.

Zur Odenwaldschule: hier hieße das Zauberwort „Haltung“. Wie hat sich die Schule, wie haben sich andere Täterorganisationen zu ihrer Schuld verhalten, wie verlief in den letzten fünf Jahren die Diskussion mit diesen „traumatisierten Institutionen“? Im Fall der Odenwaldschule muss ich leider eingestehen, dass wir im Grunde auch nach fünf Jahren Bewusstseinsarbeit wieder und noch am Anfang stehen. Gescheitert mit dem Versuch, Verständnis für unsere Anliegen zu erreichen, vor allem aber auch in den Gremien der Schule ein Bewusstsein für die Traumatisierung der Opfer zu implementieren.

Reaktionen darauf sind nach fünf Jahren für uns weder spürbar noch erahnbar geworden. – Ich muss hier von den Eltern der gegenwärtigen Schüler und auch von den Schülern absehen. Sie haben begriffen, dass ohne eine Aussöhnung mit den Opfern und deren Vertretern eine Zukunft der Schule nahezu unmöglich erscheint. – Nicht so: Teile des Trägervereins, der Mitarbeiterschaft, des Altschülervereins. – Stichwort: macht uns unsere



Schule nicht kaputt. Stichwort: Glasbrechen e. V. ist unser natürlicher Feind. (Einige der Lehrer der aktuellen Odenwaldschule waren schon zu Zeiten des Verbrechers Gerold Becker vor Ort. Sie schauen uns heute böse ängstlich an.) Natürlich sind alle inzwischen dokumentierten Vorwürfe mittlerweile verjährt. Die Sprachlosigkeit der Schulverantwortlichen macht uns dennoch fassungslos. Dort oben wohnen sie noch, mit ihren Frauen, in ihren Familien, mit ihren Rentenansprüchen. Wir aber haben bis dato keine Ansprechpartner. Niemand ist uns wirklich wohlgesonnen, auch heute noch nicht! Die Verweigerungshaltung von Institutionen wie der Odenwaldschule, und damit die bis heute problematische Haltung aller Täterorganisationen, kann m. E. nur dazu führen, die Haltung (!) gegenüber ihren Opfern zum alleinig gültigen Kriterium für weitere öffentliche oder auch private Förderung zu machen. Nichts anderes geht mehr, -rien ne vas plus außer: Wahrheitswahrnehmung, Verantwortungsübernahme, Schuldeingeständnis und Empathie. Das müsste der Lackmustest für alle Institutionen sein!

Die Folgen für Opfer des Kindesmissbrauchs sind viel gravierender – immer noch viel gravierender – als die Folgen für jedwede institutionellen Tatorte. Das ist falsch. Von den Opfern von Missbrauch in Familien, von den Opfern von Missbrauch im familiennahen Umfeld spreche ich hier nicht. Ich denke an sie.

Das führt mich zum letzten Punkt: der Mitwisserschaft.

Annähernd die Hälfte des Lehrpersonals meiner damaligen Schule – das ergeben heutige Erkenntnisse – war sexuell übergriffig gegenüber ihren Schutzbefohlenen. Gut die Hälfte der übrigen Hälfte mag nichts gewusst, mag nichts gesehen haben. Bleibt ein Viertel der Belegschaft, das gesehen, gehört, gewusst – und nichts getan hat. Keinen Finger gekrümmt – an damals gängigen Telefonwählscheiben beispielsweise.

Niemand wurde informiert. Kein Schulamt. Kein Ministerium. Keine Polizei.

Es ist heute zu befürchten, dass mehr als fünfhundert Kinder und Jugendliche allein an der Odenwaldschule Opfer von päderastischen, pädosexuellen Verbrechern wurden. Opfer beiderlei Geschlechts übrigens. Sowohl als auch.

Und niemand der vor Ort täglich Anwesenden fühlte sich dazu aufgerufen, Hilfe zu organisieren, dringend benötigte Hilfe von außen zu holen. Ganz im Gegenteil: Kinder (!) wurden von Mitwissern zur Abtreibung überredet. Kinder waren schwanger geworden von ihrem Lehrer. Beispielsweise.

Mein Appell geht daher heute an jene, in allen möglichen Bereichen des Kindesmissbrauchs, an die Mütter von Kindern, deren Männer missbrauchen, an die Kolleginnen und Kollegen von Lehrern, die Kinder missbrauchen, an die Kollegen von Priestern, Pfarrern, Sportlehrern etc. usw.

Mit nur ein wenig mehr Mut, der so unendlich wichtig wäre, könnten Mitwisser jetzt gerade, in dieser Minute, hunderte von Kindern noch vor den fatalen Folgen von Kindesmissbrauch retten. Hier und überall. Jederzeit. Immerzu.

Fazit: ohne die (leider durchaus plausible) Scheu vieler Mitwisser gäbe es deutlich weniger Opfer. Mitwisser werden zu Mittätern, solange sie sich nicht endlich zum Schutz der betroffenen Kinder und Jugendlichen entschließen.



STATEMENT P. KLAUS MERTES SJ:

(Leiter Kolleg St. Blasien; ehemaliger Leiter Canisius-Kolleg)

Was meinen persönlichen Rückblick auf den Januar 2010 und die folgenden Ereignisse betrifft, so habe ich alles in meinem Buch „Verlorenes Vertrauen“ aufgeschrieben. Auch die Aufklärungsberichte, Buchpublikationen über und Präventionsmaßnahmen an Jesuitenschulen, die seit 2010 erarbeitet wurden, sind öffentlich zugänglich.

Nie hätte ich gedacht, dass die Veröffentlichung meines Briefes durch die Berliner Morgenpost am 28. Januar 2010 eine solche Lawine auslösen würde. Rückblickend bin ich dafür sehr dankbar. Der größte Gewinn ist, dass kirchlich und auch gesellschaftlich Sprachlosigkeit bei Opfern, Mitwissern und auch bei Tätern aufgebrochen wurde. Sexueller Missbrauch war ja schon mehr als 30 Jahre Thema in Diskursen der Frauenbewegung, in Beratungsarbeit und in den 2000er Jahren auch in der Präventionsarbeit von Jugendverbänden. Seit 2010 wurde er weiter enttabuisiert und gesellschaftlich breit diskutiert. Das ist zugleich die Voraussetzung für Aufklärung und Prävention. Umgekehrt helfen Aufklärung und Prävention, die Sprachfähigkeit zu erweitern. Sprach- und Handlungsfähigkeit ist allerdings kein gesicherter Besitz, sondern muss z. B. in der Schule in jeder Schüler- und Lehrergeneration neu erarbeitet werden.

Die Präventionsordnung der Bischofskonferenz 2010 legte die Basis für Koordinationsstellen in allen Diözesen und vielen Ordensgemeinschaften. Eine neue Berufsgruppe „Präventionsbeauftragte“ ist entstanden. Viele Fortbildungen für haupt- und ehrenamtliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wurden durchgeführt, viele MultiplikatorInnen ausgebildet. Wissen über sexuellen Missbrauch wird verbreitert und Sensibilisierung geschaffen. Alle kirchlichen Einrichtungen sind verpflichtet, Schutzkonzepte zu entwickeln und dabei partizipativ und transparent vorzugehen. Sehr viele Menschen kommen so in Berührung mit dem Thema und reflektieren über angemessene Nähe und Distanz. Das wird mittel- und langfristig das gesellschaftliche Bewusstsein verändern. Es ist zu hoffen, dass dadurch aktuelle Opfer ermutigt und befähigt werden, sich schneller aus Missbrauchssituationen zu befreien; dass sie Ansprechpartner mit Interventionskompetenz finden; und dass professionelle Hilfen – auch in kirchlicher Verantwortung – entsprechend ausgebaut werden. Auch hinsichtlich einer stärkeren Opferorientierung sehe ich durchaus Fortschritte in der katholischen Kirche. Gleichwohl gibt es noch reichlich Verbesserungspotenzial in den „Qualitätsstandards“, der flächendeckenden Umsetzung sowie in der Kommunikation mit Betroffenen.

Im kirchlichen und religiösen Zusammenhang ist der geistliche Missbrauch – in vielen Fällen wiederum mit sexualisierter Konnotation – in autoritären kirchlichen und religiösen Gruppen hervorgetreten. Auch hier haben Betroffene inzwischen ihre Stimme erhoben (vgl. jüngst: Doris Wagner, NICHT MEHR ICH, Wien 2014). Sie werden allerdings noch immer nicht angemessen gehört.

Nach vorne blickend sehe ich noch folgende Aufgaben:

1. Aufklärung sexualisierter Gewalt bedarf neben allen internen Aktivitäten vor allem unabhängiger Aufklärungsinstanzen. An der Unabhängigkeit der Aufklärung hängt die Glaubwürdigkeit der Aufklärung, insbesondere auch für die Betroffenen – zumal die



- Aufklärung zunächst einmal nicht ein Dienst an der Öffentlichkeit, sondern an den Betroffenen ist. Für die katholische Kirche hoffe ich sehr, dass das von der Bischofskonferenz in Auftrag gegebene Forschungsprojekt konsequent durchgeführt wird und zu verwertbaren Ergebnissen führt. Ich verstehe es als Ergänzung zu der Aufklärungsarbeit vor Ort zwischen Institutionen und Betroffenen, die ebenfalls weitergehen muss.
2. Unabhängige Aufklärung ist eine gesellschaftliche Aufgabe, die bis heute noch nicht gelöst ist. Deswegen unterstütze ich auch die entsprechenden Bemühungen des Unabhängigen Beauftragten der Bundesregierung ausdrücklich und bin gerne bereit, meine Erfahrung mit Aufklärung von der Institutionsseite her in die Prozesse mit einzubringen.
 3. Die Frage nach Anerkennungszahlungen, Schmerzensgeldern und Entschädigung ist noch nicht zu Ende geführt worden. Sie ist eine gesellschaftliche Frage und gehört in das Parlament. Ich gestehe hier auch meine Ratlosigkeit ein. Die schlimmen biographischen Folgen einer Grenzverletzung oder eines Übergriffs durch eine erwachsene Vertrauensperson stehen oft in keinem Verhältnis zu der Tatsache, dass die Handlungen – isoliert gesehen – in vielen Fällen gar nicht im juristischen Sinne des Wortes strafbar sind und Entschädigungsansprüche konstituieren. Dieses Problem ist ungelöst, auch wenn mit dem „Fonds Sexueller Missbrauch“ und dem „Ergänzenden Hilfesystem“ wichtige Schritte gemacht wurden.
 4. Der wissenschaftliche Diskurs an den Universitäten sowie der schulpädagogische Diskurs in den Bildungsministerien der Länder haben bisher die Erfahrungen aus der Missbrauchsdebatte nicht genügend rezipiert. Auffällige Beispiele dafür sind sexualpädagogische Lehrpläne, die ohne Sinn für die Machtasymmetrie in der Schule auch von staatlicher Seite im Rahmen von Aufklärungs- und Sexualkundeunterricht gefördert werden. Man kann auch Präventionsmaßnahmen missbrauchen, um erneut Grenzen bei Kindern und Jugendlichen zu verletzen. Für den Aus- und Aufbau entsprechender Kompetenzzentren kann gesellschaftlich wie auch innerkirchlich noch sehr viel getan werden.
 5. In der Präventionsarbeit vor Ort geht es darum, entwickelte Konzepte umzusetzen, nachhaltig zu installieren und weiterzuentwickeln. Prävention muss Gewalt in pädagogischen Beziehungen insgesamt in den Blick nehmen und darauf reagieren. Mein Grundsatz dazu lautet: „Schulen und andere pädagogische Institutionen müssen auf die Gewalt reagieren, die sichtbar ist, um sehend zu werden für die Gewalt, die unsichtbar ist.“ Das betrifft auch die Gewalt zwischen Jugendlichen, Demütigungsrituale, Missbrauch der neuen Medien sowie Gewalt in Familien, die von betroffenen Jugendlichen in den pädagogischen Institutionen angesprochen wird.
 6. Die pädagogischen Institutionen brauchen auch die entsprechenden juristischen Instrumente, um gegen Täter vorzugehen. Im schulischen Bereich hat es in den letzten Jahren einige spektakuläre Fälle gegeben, in denen das Arbeitsrecht Täter schützt und sich die Verantwortlichen deswegen nicht zum Schutz der Schutzbefohlenen durchsetzen konnte.
 7. Unabhängige Aufklärung ist ebenso wie nachhaltige Prävention nicht umsonst zu haben. Notwendige Ressourcen dafür müssen (z. B. in Pflegesätze und Honoraren) von der Gesellschaft zur Verfügung gestellt werden. Kirchliche Träger könnten hier mit gutem Beispiel voran gehen.
-